



SA-Posten vor jüdischem Warenhaus in Berlin (1933): Mit Hilfe kirchlicher Archive ...

# „Mit festem Schritt ins Neue Reich“

Die Katholische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz / Von Guenter Lewy

5. Fortsetzung

Nach Kriegsausbruch im September 1939 gaben die Bischöfe oberhirtliche Anweisungen für den Klerus heraus, in denen dieser aufgefordert wurde, die Kriegsziele zu unterstützen und sich in der Diskussion über politische und militärische Fragen zurückzuhalten. Im Februar 1940 schrieb der Bischof

von Hildesheim an seine Geistlichen: „Zu jeder Zeit ist es eine heilige Pflicht der Kirche und ihrer Diener, Christi Lehre rein und unverkürzt zu verkünden. Das hat auch heute Geltung. Doch läßt sich die Lehrverkündigung sicherlich mit taktvoller Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der Kriegszeit vereinen. Man vermeide darum wie bisher alles, was als Störung der Einheit und Schwächung der Volkskraft durch uns erscheinen könnte.“

Viele führende Parteifunktionäre widersetzten sich der Einrichtung der Militärseelsorge und taten alles, sie unwirksam zu machen. 1939 war das religiöse Lesematerial für die Soldaten vom Propagandaministerium zensiert worden, und die meisten von den Geistlichen verteilten religiösen Schriften wurden 1942 verboten. Im August 1940 befahl Goebbels



Jude mit Davidstern (1941)  
... die Opfer des Regimes ...

Die Kirche hatte also ihren Teil zu einem Burgfrieden beigetragen, indem sie im ideologischen Disput zwischen Kirche und Staat ihre Waffen niederlegte. Auch Hitler beschloß, von Polemik und feindlichen Maßnahmen gegen die Kirche abzusehen, um die Kriegsanstrengungen nicht zu beeinträchtigen. Eine Verordnung des Ministers für kirchliche Angelegenheiten vom 6. Januar 1940, in Ausführung der Amnestie des Führers vom 9. September 1939, sorgte dafür, daß viele Priester wieder ihr Gehalt bekamen; die staatlichen Subventionen waren ihnen entzogen worden, weil sie in unwichtigen Angelegenheiten gegen das Gesetz verstoßen hatten.

Während seines Besuches in Rom im März 1940 erklärte Reichsaußenminister von Ribbentrop Pius XII., der Führer wünsche „den bestehenden Burgfrieden aufrechtzuerhalten und wenn möglich zu vertiefen. Von deutscher Seite seien in dieser Hinsicht sehr erhebliche Vorleistungen gemacht worden. Der Führer habe nicht weniger als siebentausend Prozesse gegen katholische Geistliche niedergeschlagen“.

Nicht alle in Hitlers Gefolge waren mit diesem Burgfrieden einverstanden.  
Copyright: Verlag R. Piper & Co, München.



Jüdin mit Davidstern (1941)  
... für die Endlösung aussortiert



# Mais oui - jede Woche mit 15 Jets nach Tokio!

**Täglich über den Pol! 8 mal wöchentlich über die Südroute!**

Air France bietet Ihnen in Zusammenarbeit mit Japan Air Lines wöchentlich 15 Tokioflüge\*, darunter Hamburg-Tokio über den Pol - die schnellste Direktverbindung dieser Art ab Deutschland!

**Das ist ein Flugplan à la carte!**

Und der Service? Französische Liebenswürdigkeit und japanische Gastfreundschaft - beides wird Ihnen diesen Ost-

asiensflug zu einem wundervollen Erlebnis werden lassen, gleich, ob Sie über die kürzere Polroute oder über die faszinierende Orientroute reisen.

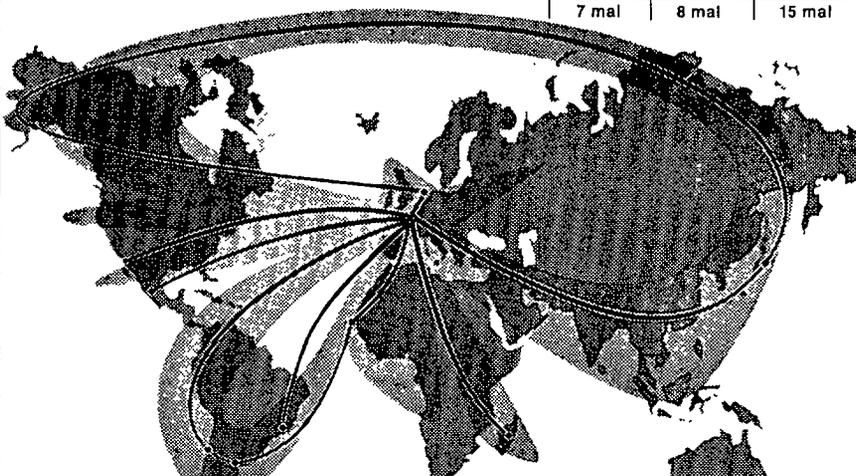
**Gemeinsame Ziele - gemeinsame Dienste**

Bitte, lassen Sie sich in Ihrem IATA-Flugreisebüro oder den Air France- bzw. Japan Air Lines-Niederlassungen beraten und Ihren Flug buchen.

\* ab 1. 4. 1965

AF = Air France · JL = Japan Air Lines

	Polroute	Südroute	tgl. Flüge
Montag	JL		1 mal
Dienstag	AF	AF + JL	3 mal
Mittwoch	JL		1 mal
Donnerstag	AF	AF + JL	3 mal
Freitag	JL	AF	2 mal
Samstag	AF	AF + JL	3 mal
Sonntag	JL	AF	2 mal
	7 mal	8 mal	15 mal



# AIR FRANCE

## DAS LÄNGSTE FLUGNETZ DER WELT

*à Votre Service*

512a

bels den Gauleitern, Trauerfeiern für Gefallene zu veranstalten, um den Einfluß der Kirchen auf diesem Gebiet auszuschalten. Die Partei sei die Hüterin aller Lebensbereiche. Bis jetzt habe man sich noch ziemlich zurückgehalten. Nachdem man aber nun den Krieg gegen Frankreich siegreich beendet habe, fuhr Goebbels fort, könne man wieder zum Angriff übergehen.

Am 29. Oktober 1940 wurde angeordnet, daß keine Gottesdienste vor zehn Uhr abgehalten werden dürften, wenn in der vorangegangenen Nacht ein Bombenangriff erfolgt sei.

Von September 1940 bis Juli 1941 beschlagnahmte man das Eigentum von über hundert Klöstern und vertrieb die Mönche und Nonnen aus ihren Häusern. Im April 1941 befahl der bayrische Staatsminister für Unterricht und Kultus,



Außenminister Ribbentrop im Vatikan 1940

Adolf Wagner, die Kruzifixe allmählich aus den Schulen zu entfernen.

Die Bischöfe protestierten heftig gegen die Entfernung der Kruzifixe in Bayern und die Welle der Beschlagnahme von kirchlichem Eigentum in allen Teilen des Reiches; auch verursachten diese Maßnahmen erhebliche Unruhe unter der Bevölkerung.

Am 30. Juli 1941 befahl Hitler Bormann, keine weiteren Klöster oder kirchliches Eigentum zu konfiszieren, bevor er nicht seine persönliche Erlaubnis eingeholt habe, und Bormann gab den Befehl an die Gauleiter weiter.

Zum größten Teil wurde der Burgfriede trotz gelegentlicher Konfiszierung kirchlichen Eigentums eingehalten. Im September fand in Berlin eine Konferenz von Kirchenexperten der Gestapo statt; man kam überein, daß alle durchgreifenden Maßnahmen gegen die Kirche unterbleiben müßten.

Einen Monat später ordnete SD-Chef Heydrich an, alles zu vermeiden, was irgendwie die Widerstandskraft des deutschen Volkes schwächen könne.

Während des ersten Kriegsjahres hatte das Regime die Kirche ermuntert, die patriotischen Belange und die deutschen Kriegsziele zu unterstützen. Als aber die Kirche tatsächlich mit aller Kraft den Krieg unterstützte, fürchteten die Nationalsozialisten, solch ein patriotisches Verhalten könne die Kirche in einen zu guten Ruf setzen; darum bemühten sie sich, jeden Bericht, der darüber Auskunft gab, totzuschweigen.

Schon im Dezember 1939 hatte Rosenberg an Göring geschrieben, die Kirche versuche nunmehr durch kriegerische Predigten wieder Fuß zu fassen, und im Mai 1941 warnte Bormann alle Gauleiter, sich nicht durch die schlaue Taktik der Kirche irreführen zu lassen; sie sei dabei, es propagandistisch auszuwerten, daß viele Geistliche an der Front Tapferkeitsauszeichnungen bekommen



3. v. r. 7000 Kirchenprozesse niedergeschlagen

hätten, und sie prahle mit der großen Zahl der im Feld gefallenen Priester.

In Gesprächen zwischen Beamten des Propagandaministeriums und der Parteikanzlei im Dezember 1941 wurde die Auffassung vertreten, die deutsche Auslandspropaganda solle die Verlautbarungen der Bischöfe zur Unterstützung der deutschen Kriegsziele ignorieren, um nicht ihre Position daheim zu stärken.

Ein Bulletin der Gestapo vom Juni 1942 rügte, daß noch viele Parteimitglieder die Gottesdienste besuchten, und schrieb diesen Zustand dem wachsenden religiösen Bedürfnis zu, das durch die Härten des Krieges bedingt sei.

Im Frühjahr 1942 wurde in Deutschland ein Brief in Umlauf gebracht, den angeblich der kurz zuvor tödlich verunglückte Katholik Werner Mölders, einer der erfolgreichsten Jagdflieger, geschrieben hatte. In diesem Brief stellte Mölders voller Stolz fest, die Katholiken würden jetzt, da sie sich voll und ganz für die deutsche Sache einsetzten, endlich als vollwertige Deutsche anerkannt und auch von denen geachtet und ge-

## „Mir träumte, ich sei ein Krawatten-Muffel“

Kein schöner Traum,  
wahrhaftig nicht. Alle schauten mich  
so komisch an – sie merkten,  
daß ich wieder die von gestern trug.

„Krawatten-Muffel, Krawatten-Muffel“,  
riefen sie schrill und wollten sie mir  
abschneiden – da wachte ich endlich auf.  
„Sei ruhig, alter Junge“, sagte ich mir,  
da drüben steht dein Kleiderschrank –  
und da drin hängen zu jedem Anzug zwei,  
drei passende Krawatten.  
Morgen bindest du eine andere um als  
gestern und übermorgen wieder  
eine andere. Wenn irgendjemand ein  
Krawatten-Muffel ist – du bist es nicht!“

Da schief ich erleichtert  
wieder ein, und der Traum ist auch  
nie wiedergekommen.



Neue Krawatte, neuer Mann – trag' nicht die von gestern.

schätzt, die sie früher als lammfromm und jenseitsorientiert verspottet hätten.

Die Regierung war über dieses Bekenntnis der Katholiken zum Patriotismus so ungehalten, daß sie erklärte, der Brief sei gefälscht; sie setzte eine Belohnung von 100 000 Reichsmark für Hinweise aus, die zu der Verhaftung des wirklichen Verfassers führen sollten.

So wurde der gute Wille der Katholiken wieder einmal mißdeutet. Die Kirche handelte aus aufrichtigen patriotischen Motiven, aber die Nationalsozia-

listen glaubten ihren Treuebekenntnissen nicht.

Im Februar 1940 schrieb Erzbischof Gröber einen ausführlichen Brief an den Ministerrat für Reichsverteidigung. Darin protestierte er gegen nationalsozialistische Verleumdungen und beteuerte, die Katholiken würden sich ganz der nationalen Sache hingeben.

Bis zu Deutschlands militärischem Zusammenbruch 1945 protestierten die Bischöfe in regelmäßigen Abständen dagegen, daß das Regime den zwischen

Kirche und Staat bestehenden Burgfrieden nicht beachtete.

Jedesmal, wenn Mitglieder des Episkopats einzelne staatliche Maßnahmen kritisierten, beeilten sie sich hinzuzufügen, daß sie mit dieser Kritik nicht dem Feind Vorschub leisten oder die innere Front schwächen wollten. Das galt auch für den Kampf der Kirche gegen das Euthanasie-Programm.

Am 1. September 1939 erließ Hitler den Befehl, alle unheilbar Kranken zu töten. Mit dem Gedanken der Euthana-

## „DER KRIEG BEKEHRT UNS ZUM WAHREN GLAUBEN“

Streit um den letzten Brief des Obersten Werner Mölders

Selt Kriegsbeginn befürchteten die Führer der NSDAP, die katholische Kirche könne durch besonders stramm-nationalistische Kundgebungen die braune Propaganda „unterlaufen“. Am 15. März 1942 alarmierte Alfred Rosenberg die Partei in den von ihm herausgegebenen geheimen „Mittellungen zur weltanschaulichen Lage“:

In den vergangenen Wochen wurde im ganzen Reich ein angeblicher Brief des tödlich abgestürzten Fliegerhelden Werner Mölders verbreitet, den dieser kurz vor seinem Tode aus dem Feld an den Propst in Stettin gesandt haben soll. Dieser angebliche Brief wurde auch von den Kanzeln katholischer und evangelischer Kirchen verlesen.

Welchen Zweck die Konfessionen mit dieser Propaganda verfolgten, ist so offensichtlich, daß sich jeder Kommentar erübrigt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Herr Propst! Zu den schönsten Stunden an der Front gehören die Stunden, in denen ich Ihre lieben Briefe lesen kann. Seien Sie nicht böse, väterlicher Freund, wenn ich Ihnen nicht immer gleich antworten kann, aber Zeit fehlt.

„Über meine Arbeit habe ich Ihnen schon im vorigen Brief ausführlich berichtet, sie ist immer noch die gleiche. Inzwischen sind wieder viele meiner Kameraden gefallen. Aber die Angst vor dem Tode haben wir verlernt, denn was ist der Tod anderes als eine kurze Trennung, dann ein besseres Wiedersehen im Jenseits.

„Viele der sog. ‚Lebensbejahenden‘, die uns noch zu Anfang der großen Schlachten verlachten und verspotteten, holen sich jetzt bei den ‚lebensverneinenden Katholiken‘ Mut und Kraft. Sie beneideten uns, daß wir über dies irdische Leben leichter hinwegkommen als sie, an dem sie mit allen Fasern ihres Herzens hingen. Sie haben den Spott und Hohn im Angesicht unserer seelischen Stärke, die wir allein unserem Glauben verdanken, verlernt. Viele sind bekehrt und setzen das Ideal jetzt höher als alle irdischen Schätze und Verlockungen.

„Und ich glaube, daß hierin ein tiefer Sinn des Krieges liegt. Es ist an der Zeit, daß die Menschen wieder glauben lernen, wieder beten lernen.

„Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß durch unser katholisches

Beispiel viele besser und glücklicher geworden sind. Ihr Spott verwandelte sich in Achtung, in Liebe. Für sie ist es nicht so leicht, wie für uns, aber es gibt nichts Schöneres, als wenn sich ein Mensch durch allen Schlamm hindurchgerungen hat zum Erkennen, zum Licht, zum wahren Glauben.

„Um mich brauchen Sie keine Sorge zu haben. Wenn ich eines Tages mein Leben für die Freiheit



Jagdflieger Mölders  
Brief des Helden gefälscht?

unserer Nation hingeben muß, die Gewißheit kann ich Ihnen geben, ich falle im alten Glauben, gestärkt durch die Sakramente der Kirche. Wenn auf dem letzten Gang auch mein Priester nicht mehr dabei sein kann, so verlasse ich diese Erde im Bewußtsein, in Gott einen gnädigen Richter zu finden.

„Noch aber habe ich die feste Hoffnung, daß sich alles zum Guten wenden wird. Schreiben Sie mir bald wieder und denken Sie meiner im Gebet. Ihr Werner Mölders.“

Drei Tage später informierte Martin Bormann die Reichsleiter, Gauleiter und Verböndeführer der Partei in dem Rundschreiben Nr. 37/42:

Seit einiger Zeit wird ein Brief verbreitet, den Oberst Mölders angeblich kurz vor seinem Absturz an

den katholischen Propst von Stettin gerichtet haben soll. Bei diesem Brief handelt es sich um eine Fälschung! Diese Tatsache ist inzwischen von kirchlicher Seite festgestellt worden.

Der einzige katholische Propst von Stettin, Propst Daniel, hat sowohl vor seinem zuständigen Ordinariat in Berlin, als auch vor der zuständigen Staatspolizei erklärt, Oberst Mölders überhaupt nicht gekannt und von ihm keinen und erst recht nicht einen derartigen Brief erhalten zu haben.

Propst Daniel wandte sich an den katholischen Feldbischof der Wehrmacht Rarkowski und führte die Herausgabe einer Bekanntmachung in dem Verordnungsblatt des katholischen Feldbischofs der Wehrmacht herbei, die am 10. Januar 1942 erschienen ist und folgenden Wortlaut hat: „In letzter Zeit wurde vielfach ein angeblicher Brief des gefallenen Werner Mölders an den Propst von Stettin verbreitet. Einwandfreie Feststellungen haben ergeben, daß es sich hierbei um eine grobe Fälschung handelt. Wenn daher dieser Brief irgendwie auftaucht, ist seine Verbreitung zu unterbinden.“

Ferner hat Propst Daniel am Sonntag, dem 8. 2. 1942, in der Propsteikirche St. Johannes in Stettin eine Kanzelabkündigung verlesen, die folgenden Inhalt hat: „In letzter Zeit sind eine Reihe von Anfragen an mich gerichtet worden wegen eines Briefes, den der verunglückte Oberst Mölders an den Propst von Stettin gerichtet haben soll. Als Name des Propstes wird ein Propst ‚Hoh‘ oder ‚Imst‘ und ‚Johnst‘ angegeben. Hierzu teile ich mit: 1) daß es nie einen Propst dieses Namens in Stettin gegeben hat, 2) daß ich selbst nie einen Brief von dem verewigten Oberst erhalten habe, auch nie einen Brief an ihn gerichtet habe. Ich habe den Verstorbenen überhaupt nicht persönlich gekannt und nie mit ihm in irgendeiner Weise in Verbindung gestanden. gez. Daniel, Propst von Stettin, St. Johannes.“

Einzelne Bischöfe haben bereits in kirchlichen Amtsblättern bekanntgegeben, daß der Brief gefälscht sei und daß der Propst von Stettin Oberst Mölders nicht gekannt habe. Der Brief ist jedoch trotzdem von vielen Seiten zu einer ausgedehnten Propaganda ausgenutzt worden.

'Scotch'  
sagen viele,  
doch ich sage:  
**QUEEN ANNE**



# QUEEN ANNE

Rare Scotch Whisky



By Appointment Suppliers of  
Scotch Whisky to H. M. The  
Queen Hill Thomson & Co. Ltd.

Import: GODARD GmbH, Neuß/Rh.



Hoflieferant  
Ihrer Majestät  
der Königin  
Elizabeth II.

sie hatte Hitler sich schon seit einiger Zeit befaßt, aber mit der Verwirklichung noch gezögert, weil er aus kirchlichen Kreisen Widerstand erwartete.

Mit dem Kriegsausbruch schien ein günstiger Moment gekommen, um dieses Rassenreinholdungsprogramm einzuleiten; außerdem wurden dadurch die so dringend benötigten Plätze in den Krankenhäusern frei, und man konnte sich der „unnützen Esser“ entledigen.

In der ersten Anstalt, die für die Ausführung der Euthanasie geschaffen und im Dezember 1939 eröffnet wurde, erschöß man die Opfer. Als das Programm größere Ausmaße annahm, fand die Vergasung in Räumen statt, die als „Duschräume“ getarnt waren.

Es gab in Deutschland mehrere solcher Anstalten; die größten waren Grafeneck in Württemberg und Hadamar in



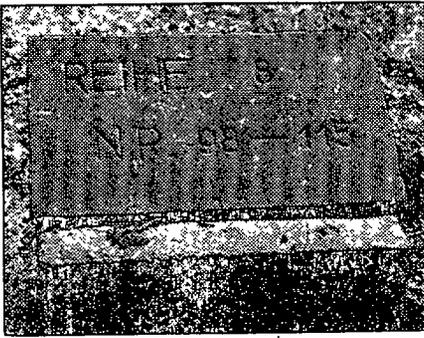
Euthanasie-Anstalt Grafeneck  
70 000 Morde

Hessen. Man verteilte Fragebogen an die Anstalten für Geistesranke; auf Grund dieser Auskünfte über den Gesundheitszustand der Patienten traf ein Komitee von Ärzten die Auswahl für die Euthanasie.

Man benachrichtigte die nächsten Angehörigen und teilte ihnen mit, daß der Patient an irgendeiner normalen Krankheit gestorben und sein Leichnam verbrannt worden sei.

Bis zum Stopp des Programms im August 1941 wurden ungefähr 70 000 Patienten vergast. Die meisten waren schwachsinnig oder unheilbar geisteskrank. Es gibt auch Aufzeichnungen über Fälle, in denen Menschen, die einen Nervenzusammenbruch hatten, vergast wurden.

Obleich das Euthanasieprogramm als streng geheim galt, sickerte im Laufe der Zeit einiges darüber durch. In den Benachrichtigungen hieß es zum Beispiel, daß Patienten an Blinddarmentzündung gestorben seien, denen schon vor Jahren der Blinddarm entfernt worden war; geistig zurückgebliebene oder geistig etwas unausgeglichene Patienten, die regelmäßig von ihren Angehörigen



Euthanasie-Grabstein in Hadamar  
Nach der Predigt des Bischofs...

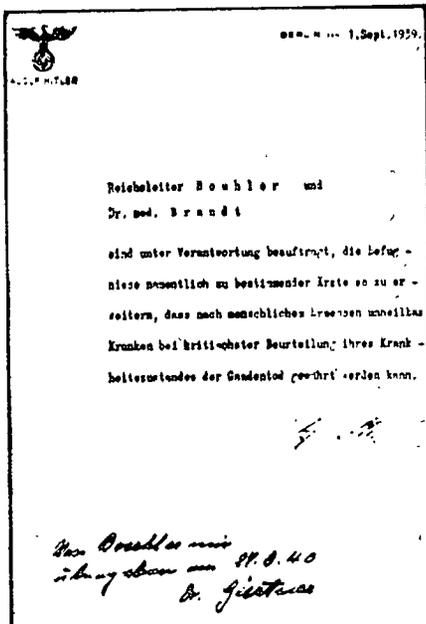
besucht worden waren, starben plötzlich an Gehirnodemen.

Außerdem benötigte das Unternehmen eine große Zahl männlicher und weiblicher Krankenpfleger, Fahrer, Wachen und Heizer für das Krematorium; Leute in der Nachbarschaft konnten beobachten, wie ein nicht mehr endender Strom von Patienten eingeliefert wurde, der bei weitem die Kapazität der Krankenanstalt übertraf.

Den Krematorien entstiegen Rauchwolken; die Kinder riefen beim Anblick von Lastwagen, die voller Patienten waren: „Da werden wieder welche vergast!“

Am 11. August 1940 legte Kardinal Bertram im Namen des Episkopats beim Leiter der Reichskanzlei, Lammers, Protest ein. Er erklärte, die Kirche habe schon seit 1934 nachweislich gegen die Euthanasie Stellung bezogen, und machte darauf aufmerksam, daß die Tötung von willkürlich als lebensunwert erklärten Menschen Empörung ausgelöst habe. Eine solche Ausrottung Unschuldiger verstoße nicht nur gegen das christliche Sittengesetz, sondern auch gegen das sittliche Empfinden des deutschen Volkes und gefährde Deutschlands Ruf im Ausland.

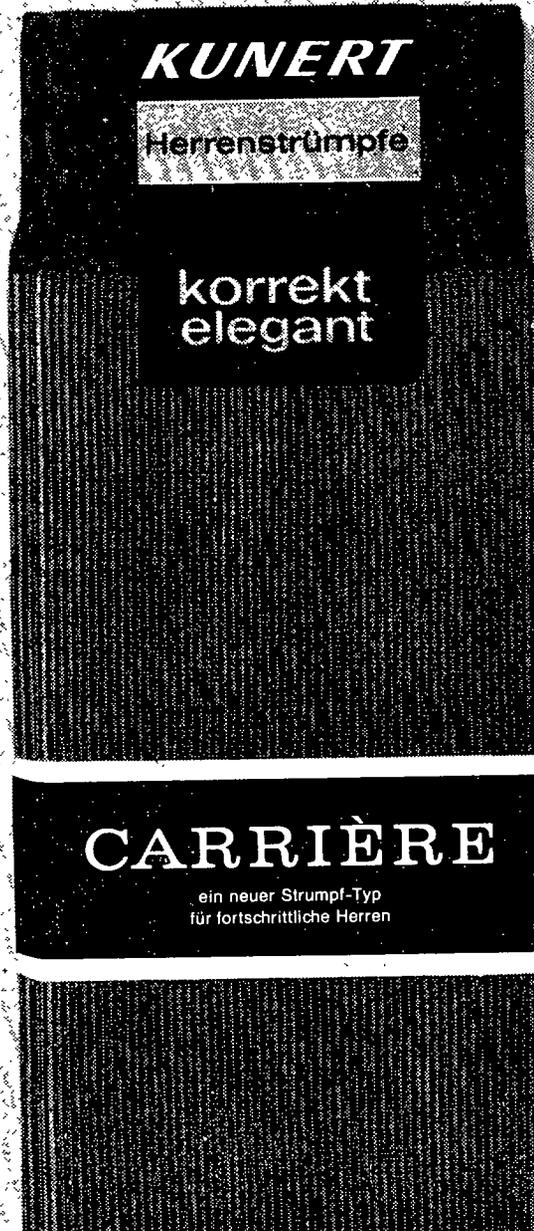
Wenige Monate später richtete Kardinal Faulhaber an den Justizminister Gürtner einen Protestbrief. Trotz aller Geheimhaltungsversuche, schrieb Faul-



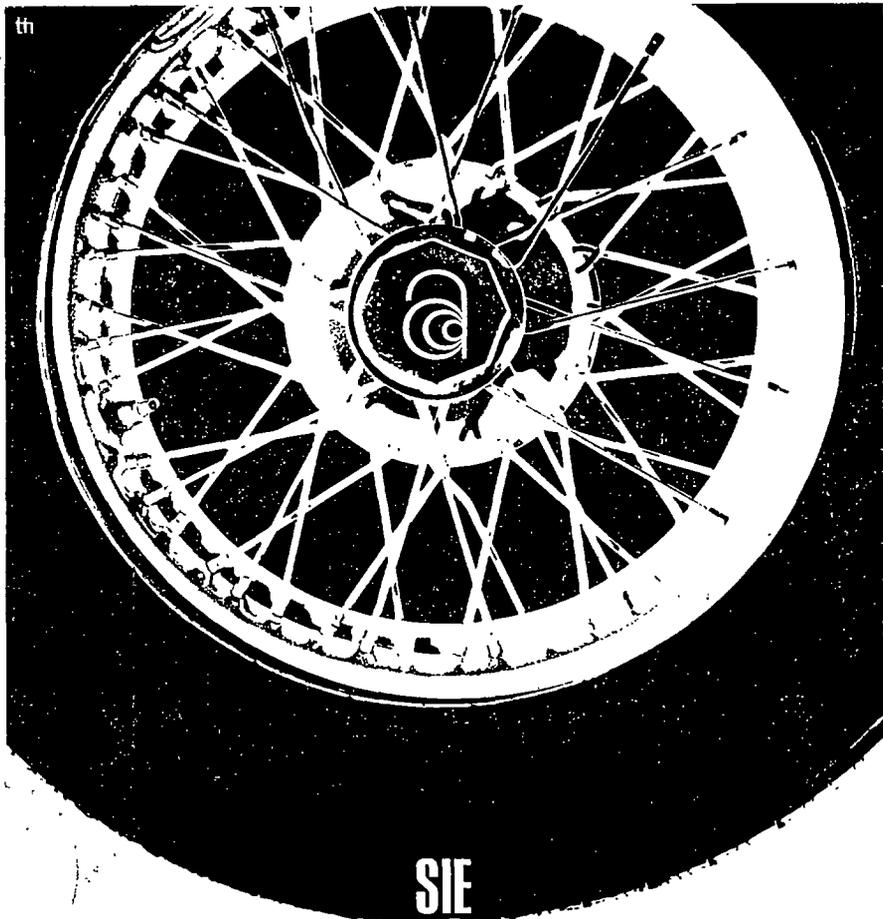
Euthanasie-Befehl Hitlers  
... das Tötungsprogramm gestoppt

elegant, chic - für höchste Ansprüche. Ein neuer Strumpftyp für fortschrittliche Herren, ein Spitzenreiter unter den erfolgreichen KUNERT-Herrenstrümpfen. Universell zu tragen und dezent in der Farbwirkung. Sie sollten ihn einmal ansehen, den neuen KUNERT-Herrenstrumpf „carrière“.

Ein  
neuer  
Strumpf-Typ   
für  
fortschrittliche  
Herren.



Verkauf  
in Österreich  
unter der Marke  
ROYLON

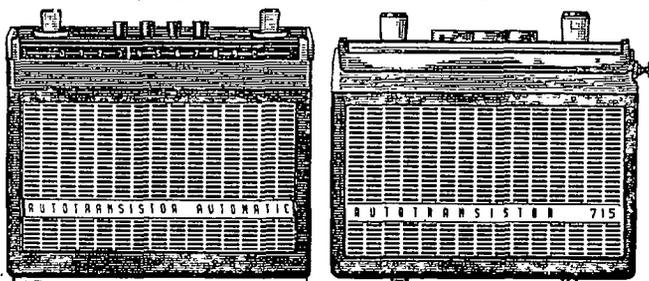


## HABEN MEHR VON IHREM AUTOSUPER...

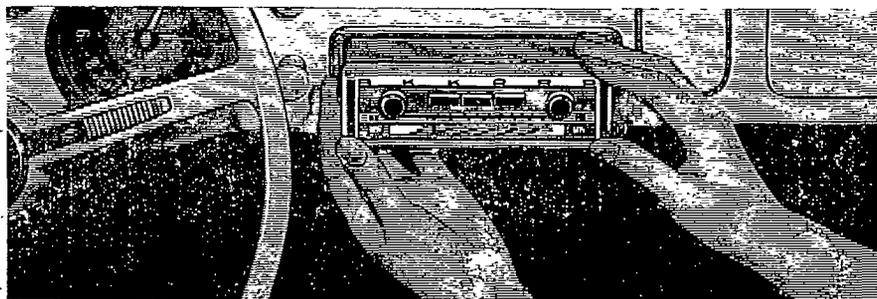
wenn Sie ihn überallhin mitnehmen können.

Für den Akkord-Autotransistor (Autosuper und Kofferempfänger zugleich) ist das kein Problem: Nur aus der Halterung im Armaturenbrett herausziehen, und schon begleitet er Sie, wohin Sie wollen. Kennen Sie ein Radiogerät, das praktischer und vielseitiger ist? Wir nicht! Sie haben die Wahl zwischen drei Ausführungen: Autotransistor automatic (UKW-MW-LW), Autotransistor automatic K (UKW-MW-KW) und Autotransistor 715 (UKW-MW). Im Wagen sind die Geräte automatisch an Kfz.-Batterie, Autoantenne und -lautsprecher angeschlossen, hinzu kommen UKW-Abstimmautomatik, Skalenbeleuchtung und vieles mehr. Als Kofferempfänger spielen sie überall und jederzeit mit „eigener Kraft“.

Sie sollten sich wirklich über die weiteren Vorteile und die perfekte technische Ausstattung genau informieren. Fordern Sie doch einfach unverbindlich unseren ausführlichen Farbprospekt an. Postkarte genügt. Auch Ihr Fachhandler berät Sie gern.



Akkord-Radio GmbH 6742 Herxheim/Pfalz Deutschlands erste Spezialfabrik für Kofferradio



haber, wisse jetzt jeder, daß eine große Zahl von Patienten im Verlauf eines aufgenötigten Euthanasieprogramms getötet würde.

Die Tötung dieser unschuldigen Menschen, so Faulhaber, werfe ein sittliches Problem auf, das man nicht ignorieren könne: „Ich habe in dieser sittlich-rechtlichen, nichtpolitischen Frage es als Gewissenspflicht empfunden, zu reden, weil ich als katholischer Bischof nicht schweigen kann, wenn es sich um die Erhaltung der sittlichen Grundlagen jeder öffentlichen Ordnung handelt.“

Diese und weitere Proteste von Bischöfen und protestantischen Kirchenmännern wurden ignoriert, die Tötungen fortgesetzt. Bischof Galen entschloß sich deshalb, diese Mordtaten öffentlich anzuprangern.

In einer Predigt am 3. August 1941 in der St. Lamberti-Kirche in Münster führte Galen in allen Einzelheiten aus, wie die unschuldigen Kranken getötet und ihre Angehörigen durch Angabe falscher Todesursachen betrogen würden. Eindrucksvoll schilderte Galen diese Verbrechen; er forderte, daß die für diese Taten Verantwortlichen des Mordes angeklagt und vor Gericht gestellt würden.

Selbst Invaliden, Krüppel und verwundete Soldaten seien ihres Lebens nicht mehr sicher. Wehe dem deutschen Volk, rief Galen aus, wenn nicht nur Unschuldige getötet werden könnten, sondern ihre Mörder auch noch ungestraft ausgingen.

Die Anklagen Bischof Galens, besonders seine Hinweise auf die vom Tode bedrohten Invaliden und Schwerverwundeten, breiteten sich aus wie ein Lauffeuer. Bis in den letzten Winkel Deutschlands hinein und auch an der Front wurden gedruckte Exemplare der Predigt Galens verteilt.

Der Protest des Bischofs rief ein solches Echo hervor und machte ihn zu einer so populären Persönlichkeit, daß die Regierung sich außerstande sah, gegen ihn vorzugehen.

Mehrere Funktionäre schlugen vor, Galen aufzuhängen, und auch Bormann war der Ansicht, das Todesurteil sei eine angemessene Strafe für diesen Landesverrat. Aber Goebbels befürchtete, „daß die Bevölkerung von Münster als für den Krieg verloren betrachtet werden kann, wenn ihrem Bischof irgend etwas zustößt, und die gleiche Befürchtung gilt für ganz Westfalen“.

Auch der Führer traute sich nicht, aus Galen einen Märtyrer zu machen. Kurz nach der Predigt Galens am 3. August 1941 wurde dem Euthanasieprogramm durch einen Führerbefehl offiziell Einhalt geboten.

Die sogenannte „wilde Euthanasie“ wurde allerdings trotz Hitlers Befehl fortgesetzt und forderte das Leben vieler Deutscher und auch vieler ausländischer Zwangsarbeiter, aber das großangelegte Programm war eingestellt.

Von Zeit zu Zeit erneuerten die Bischöfe in ihren Predigten und Hirtenbriefen den Widerstand gegen die Zerstörung „unproduktiven Lebens“, und diese Äußerungen haben wahrscheinlich dazu beigetragen, daß das Programm nicht wieder aufgenommen wurde.

Die eindrucksvolle Reaktion der Katholischen Kirche auf die Tötung von Geisteskranken war vermutlich der Hauptgrund dafür, daß Hitler das Euthanasie-

programm aufgab. An diesem Beispiel zeigt sich, was der mächtige Einfluß der öffentlichen Meinung in Hitlers mit roher Gewalt regiertem Staat bewirken konnte — und das zu einer Zeit, als der Führer auf dem Höhepunkt seiner militärischen Erfolge angelangt war.

Hätte die öffentliche Meinung der Deutschen auf andere großangelegte Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes ähnlich reagiert, zum Beispiel auf die Ausrottung der Juden Europas, dann wäre das Ergebnis vielleicht ebenso wirkungsvoll gewesen.

Aber die meisten Menschen, die sich über die Tötung ihrer Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern entrüsteten, schwiegen, als ihre jüdischen Nachbarn deportiert und schließlich in denselben Gaskammern getötet wurden, die für das Euthanasieprogramm eingerichtet und erprobt worden waren.

Der französische Historiker Léon Poliakov hat dazu bemerkt: „Bei der Ausrottung der sogenannten ‚nutzlosen Esser‘ handelte es sich um deutsches Menschenleben, um Fleisch von ihrem Fleisch“; die Katastrophe, die als Höhepunkt jahrelanger bösartiger antisemitischer Propaganda über die Juden hereinbrach, löste keine solchen Gefühle der Menschlichkeit aus.

Die jüdenfeindlichen Maßnahmen der Kirche des Mittelalters und die des Dritten Reiches sind sich sehr ähnlich; dennoch lassen sich zwischen Hitlers rassischem Antisemitismus und dem Anti-Judaismus der Christen manche Unterschiede erkennen.

Der nationalsozialistische Antisemitismus entsprang einem pervertierten Sozialdarwinismus, einer Weltanschauung, die zwischen Herrenmenschen und Untermenschen, je nach ihrer rassischen Herkunft, unterschied. Er forderte die Vernichtung der Menschen, von denen man meinte, sie könnten die Reinhaltung der Rasse und die nationale Größe beeinträchtigen.

Die Feindseligkeit der Christen gegenüber den Juden wurzelte in bestimmten theologischen Vorstellungen, die sich in den ersten drei Jahrhunderten des Christentums entwickelt hatten.

Für viele christliche Theologen waren die Juden schon immer das Volk, das Gott verraten und durch die Kreuzigung Jesu Christi einen unwiderruflichen Fluch auf sich geladen hatte. Viele Jahrhunderte lang bildeten diese Vorstellungen die Grundlage für anti-jüdische christliche Predigten und den Religionsunterricht.

Wenn im Mittelalter am Karfreitag die Leidensgeschichte Christi verlesen wurde, kam es anschließend oft zu Gewalttaten gegen Juden, für die dieser heilige Tag zum Tag des Schreckens wurde.



Katholische Juden-Gegner Schlund, Buchberger, Gundlach: „Der Antisemitismus...“

Hitlers Antisemitismus und seine logische Ausgeburt Auschwitz, so schreibt der französisch-jüdische Wissenschaftler Jules Isaac, entstand auf dem Boden, den vorausgegangene Jahrhunderte bereitet hatten. „Ohne die Jahrhunderte mit christlichem Katechismus, Predigten und Schmähungen wären Hitlers Lehren, Propaganda und Schmähungen nicht möglich gewesen.“

Die Aufklärung und das immer weltlicher werdende Denken hatte die Feindschaft zwischen Christen und Juden nicht ausgelöscht. Der alte Haß tauchte in anderem Gewand wieder auf. Der neue Antisemitismus fand politische, wirtschaftliche und soziale Argumente, um seine Feindschaft gegen die Juden zu begründen.

Auch einige Vertreter des deutschen Katholizismus trugen während des 19. Jahrhunderts, wie katholische Nationalsozialisten später mit Stolz hervorhoben, zum Wachstum dieses neuen Antisemitismus bei. Publizisten wie Karl Freiherr von Vogelsang (1818 bis 1890)

und Joseph Edmund Jörg (1819 bis 1901) traten dafür ein, das Joch der Ausbeutung, unter der die christlichen Nationen zu leiden hätten, abzuschütteln.

Als Bischof Keppler von Rottenburg (1852 bis 1926) von einem Besuch aus dem Heiligen Land zurückkam, war er über die Armut der Juden in Jerusalem erstaunt: „Kaum sollte man glauben, daß dies ein Teil desselben Volkes ist, welches außerhalb Palästinas den Christenvölkern wie ein Pfahl im Fleische sitzt, welches ihnen das Blut aussaugt, sie knechtet mit den goldenen Ketten der Millionen und mit den Rohrzeptern giftgetränkter Federn, die öffentlichen Brunnen der Bildung und Moral durch Einwerfen ekliger und eitriger Stoffe vergiftet.“

In der Weimarer Republik geriet der organisierte deutsche Katholizismus immer wieder in Konflikt mit der wachsenden nationalsozialistischen Bewegung, aber der Antisemitismus war kein wichtiger Streitpunkt.

Im Gegenteil, viele katholische Publizisten — so der Franziskanerpater Erhard Schlund — stimmten mit den Nationalsozialisten überein, daß man gegen die jüdische „Vorherrschaft auf finanziellem Gebiet, den destruktiven Einfluß der Juden auf Religion, Sitte, Literatur und Kunst und politisches und soziales Leben“ vorgehen müsse.

Dieses Plädoyer für einen gemäßigten Antisemitismus war ein ziemlich typischer und durchaus respektable Standpunkt innerhalb der Kirche. Der Jesuit Gustav Gundlach zum Beispiel schrieb in einem Lexikon, das von Bischof Buchberger von Regensburg herausgegeben wurde: Ein politischer Antisemitismus, der sich des „übersteigerten und schädlichen Einflusses“ der Juden erwehre, sei zulässig, solange dabei moralisch vertretbare Mittel angewandt würden.

Bischof Buchberger selbst hielt es 1931 für „eine gerechte Notwehr“, ein „übermächtiges jüdisches Kapital“ von dessen mächtiger Stellung zu verdrängen; es sei aber ungerecht und unchristlich, allen Juden für diese Mißstände die Schuld zuzuschreiben oder diesen wirtschaftlichen Kampf in einen Kampf der Rasse oder Religion umzuwandeln.

Alle deutschen Bischöfe erklärten nach Hitlers Machtergreifung, daß sie die Rasse und die Reinheit der Rasse als wichtige, natürliche Werte betrachteten; ihre Opposition beschränkte sich auf die Forderung, dieses Ziel müsse



... ist gerechte Notwehr“: Juden-Pogrom im Mittelalter

erreicht werden, ohne daß man zu unsittlichen Mitteln greife.

Der Artikel über „Rasse“ in dem für aktuelle religiöse Probleme maßgeblichen „Handbuch“ von Erzbischof Gröber faßte diesen Standpunkt mit den folgenden Worten zusammen:

„Weil jedes Volk für seinen glücklichen Bestand die Verantwortung selbst trägt und die Hereinnahme vollkommen fremden Blutes für ein geschichtlich bewährtes Volkstum immer ein Wagnis bedeutet, so darf keinem Volk das Recht abgesprochen werden, seinen bisherigen Rassenstand ungestört zu bewahren und zu diesem Zweck Sicherungen anzubringen. Die christliche Religion verlangt nur, daß die angewandten Mittel nicht gegen die sittlichen Vorschriften und die natürliche Gerechtigkeit verstoßen.“

In dem „Handbuch“ von Erzbischof Gröber wurde der Marxismus definiert als „der hauptsächlich von dem Juden Karl Marx begründete materialistische Sozialismus“, der Bolschewismus als „asiatischer Staats-Despotismus, praktisch im Dienst einer Gruppe jüdisch geleiteter Terroristen“.

Der Artikel über „Kunst“ wies darauf hin, daß die meisten degenerierten und undeutschen Ausdrucksformen der Kunst seit dem 19. Jahrhundert das Werk von Juden oder von Menschen unter jüdischem Einfluß gewesen seien. „Der entwurzelte und atheistisch entartete Jude“ war folglich zu einem guten Teil schuldig an der Politisierung der Kunst.

Wann immer es ihr behagte und nützlich schien, bediente sich die Kirche des Wortes „Jude“ mit nationalsozialistischer Sinngewandtheit.

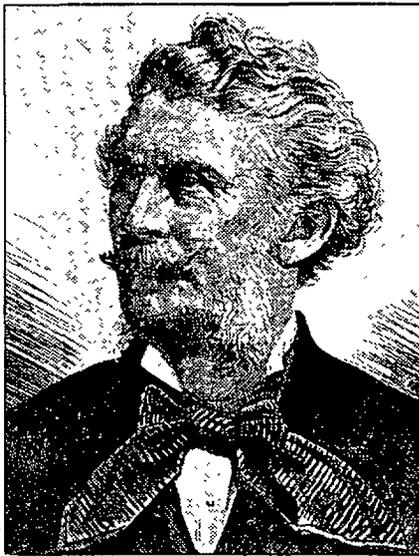
Zu Anfang der nationalsozialistischen Herrschaft werteten die Nationalsozialisten den „Pfaffenspiegel“ — ein antikerikales Buch des 19. Jahrhunderts, das viel Staub aufwirbelte — weitgehend propagandistisch aus. Schon bald kam es zu einem erbärmlichen Schauspiel: Die Kirche versuchte, die Wirkung dieses Buches zunichte zu machen, indem sie behauptete, der protestantische Autor, Otto von Corvin-Wiersbitzki, sei Halbjude gewesen; die Nationalsozialisten dagegen behaupteten, er sei „Vollarier“ gewesen.

In Kundgebungen von der Kanzel, in Hirtenbriefen und Zeitungsartikeln, verlieh die Kirche diesem Argument Nachdruck, indem sie das berüchtigte antisemitische „Handbuch der Judenfrage“ von Theodor Fritsch als Beweis heranzog — ein Werk, das nach dem katholischen Gelehrten Waldemar Gurian kein respektabler Autor oder Wissenschaftler zitieren sollte; hier wurde Corvin als Sohn einer Jüdin bezeichnet.

Selbst Dompfarrer Lichtenberg — ein Mann, der später mit seinem Leben dafür bezahlte, daß er versucht hatte, den Juden zu helfen — meinte Hitler einen persönlichen Protestbrief schreiben zu müssen: Corvin sei „nach neuesten Forschungen nicht arischer Herkunft“.

Die Nationalsozialisten bestritten natürlich die nicht-arische Abstammung Corvins — schließlich lieferte dieser Autor ihnen handfestes Material gegen die Kirche.

Diese fand daraufhin neue Argumente, mit denen sie gegen Corvins Buch polemisierte: Es sei von einer jüdischen Druckerei gedruckt worden;



NS-Kronzeuge Corvin  
Den Kirchenfeind.

Corvin sei mit Juden befreundet und ein Mensch mit wenig Mitgefühl, mit kaltem Sarkasmus und von anmaßender Überheblichkeit gewesen — „kurz, alles, was wir heute als besonders unarisch ansehen“.

Einige Bischöfe wollten trotz aller Beweise nicht wahrhaben, daß Corvin nicht jüdischer Abstammung war, denn dadurch verloren sie ihr Hauptargument gegen ihn. Bischof Buchberger nannte Corvin in einem Hirtenbrief vom Februar 1937 einen „Halbjuden und Freimaurer“, und noch im Januar 1942 bezeichnete Erzbischof Gröber den Autor des „Pfaffenspiegel“ als einen „halbjüdischen Literaten“.

Wenn wir uns dieses Meinungsklima in der Kirche vor Augen halten, verstehen wir vielleicht eher, warum die Kirche sich angesichts der antisemitischen Gesetzgebung des nationalsozialistischen Regimes zurückhielt, selbst dort, wo durch die Verordnungen wichtige Bereiche der kirchlichen Juris-

diktion berührt wurden, wie zum Beispiel beim Ehesakrament.

Nach kanonischem Recht ist die Kirche für die Eheschließung von Katholiken allein zuständig. In der Praxis aber hat die Kirche in vielen Ländern dem Staat das Recht zugestanden, bestimmte Bedingungen an die Eheschließung zu knüpfen, solange diese nicht dem Naturrecht widersprechen.

Wie aber sollte die Kirche sich verhalten, wenn der Staat zum Beispiel die Eheschließung zwischen Getauften verschiedener Rassen verbot?

In den Augen der Kirche, so hieß es 1934 in einem Memorandum der deutschen Bischöfe, sei jeder Katholik, ob er nun aus einer reinrassig-deutschen Ehe oder aus einer rassisch gemischten Ehe hervorgegangen sei, ob als Kind oder Erwachsener getauft, gleichermaßen berechtigt, die Sakramente zu empfangen. Wenn daher zwei Getaufte verschiedener Rassen darauf bestünden, von einem Priester getraut zu werden, so könne der Priester sich nicht weigern, selbst wenn der Staat eine solche Ehe verbiete.

Aber genau das tat der Staat: Nach den sogenannten Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 war es illegal, wenn zwei Katholiken heirateten, von denen einer nach den Gesetzen als „nicht-arisch“ angesehen wurde.

Die Informationszentrale des deutschen Episkopats in Berlin berichtete im September 1935, daß bisher katholische Paare verschiedener rassischer Herkunft nach England gefahren seien, um sich dort trauen zu lassen, aber jetzt galten auch diese Eheschließungen als illegal, und die Kirche stand vor einem ersten Problem.

Was tat sie? In einigen Fällen umgingen Priester das Gesetz. Sie beriefen sich auf eine Bestimmung im Konkordat; danach durfte die Kirche im Falle eines „schweren sittlichen Notstandes“ eine Trauung auch ohne vorausgegangene Ziviltrauung vornehmen.

Doch im großen und ganzen hielt sich die Kirche an das Gesetz. Damit beugte sie sich einem „unerlaubten Eingriff in ihre geistliche Jurisdiktion“, wie sie selbst es früher einmal genannt hatte.

In ähnlicher Weise gab die Kirche nach, als der sogenannte Arier-Paragraph auf geistliche Religionslehrer angewandt wurde. In einem anderen Falle waren die Auswirkungen schwerwiegender, als sich nämlich die Kirche bereit erklärte, über die religiöse (rassische) Herkunft ihrer Gläubigen aus ihren Akten Auskunft zu geben.

In Zukunft mußte jeder, der sich um einen Regierungsposten — und bald auch um andere Funktionen — bemühte, nachweisen, daß er kein Jude sei. Da vor 1874 bis 1876 die Geburten nur von den Kirchen registriert worden waren, wurde die Kirche gebeten festzustellen, wer Vollarier sei und wer nicht. Nach dem nationalsozialistischen Gesetz hing dies von der Rassenzugehörigkeit (das heißt Religionszugehörigkeit) der Eltern und Großeltern ab.

Die Kirche erklärte sich wie selbstverständlich zur Mitarbeit bereit; sie beklagte sich nur, daß die Priester, die ohnehin überarbeitet seien, für diese zusätzlichen Dienstleistungen nicht besonders honoriert würden.

Die Frage, ob die Kirche dem nationalsozialistischen Staat helfen sollte,

**Pfaffenspiegel**

Historische Denkmale des Fanatismus  
in der römisch-katholischen Kirche

Die Uhr der Zeit  
läßt nicht zurück sich stellen,  
Denn vorwärts drängt  
der Geiger ohne Maß,  
Und all das Wälwerk  
wird und wagt geschellen,  
Das heutzutage  
in des Rabes Spielern fällt.

von  
**Otto von Corvin**

Mit dem Bildnis und der Biographie des Verfassers

43. revidierte Original-Ausgabe  
(Bisherige Auflagen ca. 1/4 Million Exemplare)

Berlin-Schöneberg / V. Bof. Verlag

Corvins „Pfaffenspiegel“  
... als Juden diffamiert

Menschen jüdischer Herkunft auszusortieren, wurde nie diskutiert.

Die Kirche verrichtete diese Dienstleistung auch noch in den Kriegsjahren, als man für die jüdische Herkunft nicht mehr mit Entlassung aus dem Staatsdienst und Verlust des Lebensunterhaltes bezahlen mußte, sondern mit der Deportation und dem Leben.

In einigen Fällen versuchten die Bischöfe, die nicht-ariischen Katholiken, für die die Kirche sich besonders verantwortlich fühlte, zu schützen. Im September 1933 fragte Kardinal Bertram den päpstlichen Staatssekretär, ob der Heilige Stuhl nicht in Berlin ein gutes Wort für die katholischen Konvertiten jüdischer Herkunft einlegen könne; sie litten bittere Not, weil sie „nicht-ariischer Abstammung“ seien.

Schon sehr frühzeitig kümmerte sich der „St.-Raphaels-Verein“ um diese Katholiken, eine katholische Organisation, die 1871 zum Schutz deutscher Auswanderer gegründet worden war: Bischof Berning war ihr Vorsitzender.

Von 1936 bis 1937 half der „St.-Raphaels-Verein“ 516 katholischen Nicht-Ariern; 1938 ermöglichte er die Emigration von 1850 Menschen. Gelegentlich unterstützte man auch Juden, die mit Katholiken verheiratet waren.

Aber die Behauptung des Berliner Bistumsblattes, der „St.-Raphaels-Verein“ habe 1950 Juden die Emigration ermöglicht und 25 000 Juden unterstützt, entbehrt jeder Grundlage, es sei denn, man will den Begriff „Jude“ noch immer im Sinne rassistischer Klassifizierung benutzen.

Bevor es zur „Endlösung der Judenfrage“ kam, erstreckte sich die Hilfe und Sympathie der Kirche einzig auf katholische Nicht-Arier. Einige Fälle sind allerdings bekannt, in denen Kleriker die Juden verteidigten.

Im März 1933 bezeichnete ein Priester im Rheinland in einer Predigt die Verleumdung der Juden als ungerecht: er mußte 500 Mark Strafe zahlen, weil er die Kanzel mißbraucht habe. Ein anderer Priester in Bayern erklärte 1936, die Geschichten, die man in Deutschland über die Juden verbreite, seien nichts als Lügen. Es gab sicher noch mehr solcher Fälle und auch Samariterdienste, die nicht aktenkundig geworden sind.

Kardinal Faulhaber soll bei den anti-jüdischen Ausschreitungen im November 1938 dem Oberrabbiner von München einen Lastwagen zur Verfügung gestellt haben, damit er einige geweihte Gegenstände aus der Synagoge in Sicherheit bringen konnte, bevor sie völlig zerstört wurde.

Dompropst Lichtenberg in Berlin betete am Morgen nach der Kristallnacht für die verfolgten nicht-ariischen Christen und Juden und fügte hinzu: „Was gestern war, wissen wir, was morgen ist, wissen wir nicht, aber was heute geschehen ist, das haben wir erlebt: Draußen brennt der Tempel — das ist auch ein Gotteshaus.“

Lichtenbergs Protest stand allein auf weiter Flur. Die Bischöfe blieben stumm angesichts der brennenden Tempel und schwiegen auch, als die ersten Juden zusammengetrieben wurden.

Am 31. Juli 1941 wurde Heydrich beauftragt, „alle erforderlichen Vorbereitungen ... zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa“. Der Vernichtungsapparat trat in Aktion.



Geplündertes jüdisches Geschäft in Berlin (1938): Geistliche Fürsorge ...

Es begann mit einer Verordnung am 1. September 1941: Alle Juden, die über sechs Jahre alt waren, konnten von nun an nur noch an die Öffentlichkeit, wenn sie durch einen Judenstern gekennzeichnet waren; sie durften ihren Wohnort nicht ohne Erlaubnis verlassen.

Die Menschen, die den Judenstern tragen mußten, waren durch diese Zwangsmaßnahme wie gelähmt. Mehr denn je empfanden sie sich als eine ausgestoßene Gruppe, einem Schicksal ausgeliefert, das einige bereits vorausahnten. Viele hatten Angst, ihre Häuser zu verlassen.

Diese Angst stellte die betroffenen Katholiken vor ein besonderes Problem. In einigen Städten suchten die katholischen Nicht-Arier bei der Polizei um die Erlaubnis nach, ohne Judenstern in die Kirche gehen zu dürfen; und sie baten ihre Bischöfe, sie dabei zu unterstützen.

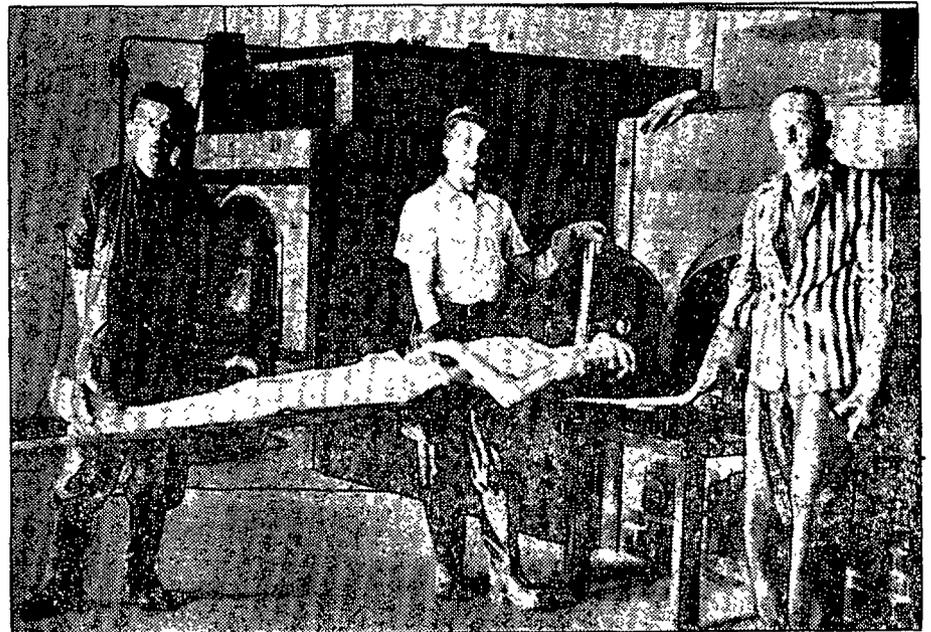
Die Bischöfe zeigten Mitgefühl, obwohl es ihnen nicht behagte, daß „Juden“ an katholischen Gottesdiensten teilnehmen sollten; das würde die Feindseligkeit der Nationalsozialisten gegenüber der Kirche nur noch ver-

schärfen. Auch wußten sie nicht, wie die Gemeinden auf diese jüdischen Katholiken reagieren würden.

Am 17. September 1941 schrieb Kardinal Bertram an den Episkopat und griff dieses neue Problem auf. Sein Rat war: „Zu vermeiden sind ... übereilte Anweisungen, die für jüdische Katholiken als verletzend angesehen werden können, zum Beispiel Einführung besonderer Judenbänke, Trennung bei Spendung der heiligen Sakramente, Einführung von „Sondergottesdiensten in bestimmten Kirchen oder Privathäusern.“ Die Absonderung katholischer Nicht-Arier verstoße gegen die christlichen Grundsätze und solle daher so lange wie möglich vermieden werden.

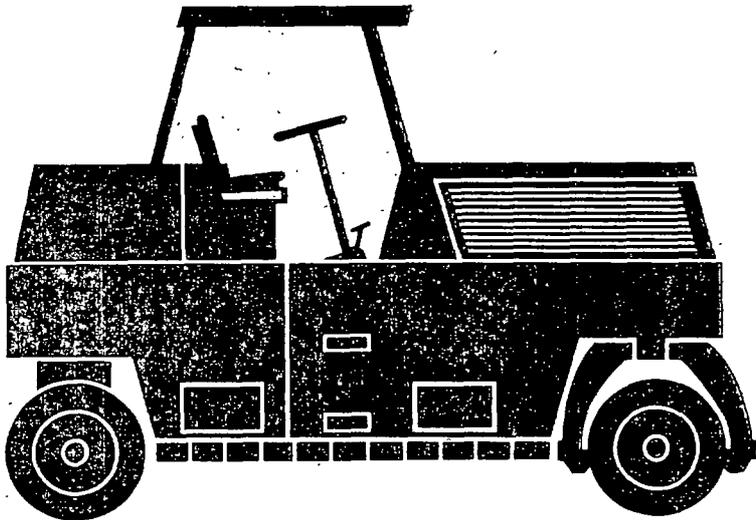
Die Priester sollten jedoch den jüdischen Katholiken empfehlen, wenn irgend möglich, die Frühmesse zu besuchen. Man solle mit Ermahnungen an die Gläubigen, gegenüber den Nicht-Ariern christliche Nächstenliebe zu üben, ebenfalls warten, bis es konkrete Anlässe dazu gäbe.

Der Erzbischof von Breslau fuhr fort: „Erst wenn sich größere Schwierigkei-



... nur für katholische Nicht-Arier: Opfer, Ofen im KZ Auschwitz

# neu bei Hatra



## Gummiradwalze GW 14

Die neue Hatra Gummiradwalze GW 14 für modernen Straßenbau. Robuste Technik nutzt dem Unternehmer: Hatra Gummiradwalzen können auch von ungeschultem Personal bedient werden. Die neue Hatra GW 14 mit automatischem Lastausgleich und oszillierender Radaufhängung.

**Harte Argumente sprechen für Hatra.** Überzeugen Sie sich auf allen Fachausstellungen.



- Hatra baut:  Dreiradwalzen,  Tandemwalzen,  
 Tandemrüttelwalzen,  Gummiradwalzen,  
 Duplex-Rüttelwalzen,  Anhängerüttelwalzen,  
 Anhängeschafffußwalzen,  Frontlader,  
 Schwenklader,  Vollhydraulik-Bagger.

Sind Sie interessiert? Bitte kreuzen Sie oben an und schicken Sie uns den Abschnitt zu. Sie erhalten dann ausführliche Informationen.

**Alfred Hagelstein**  
**Maschinenfabrik**  
**2407 Lübeck-Travemünde**  
**Ruf: 04502/2171**

# HATRA

ten durch den Kirchenbesuch der nicht-  
 arischen Katholiken ergeben sollten  
 (Fernbleiben der Beamten, Parteigenos-  
 sen und anderer, ostentatives Verlassen  
 des Gottesdienstes), ist mit den katholi-  
 schen Nicht-Ariern selbst die Abhaltung  
 von Sondergottesdiensten zu erwägen."

Indessen versuchten die Kirchenführer  
 Wienken und Berning in Berlin von der  
 Gestapo die Erlaubnis zu erhalten, daß  
 jüdische Katholiken den Davidstern  
 nicht in der Kirche tragen müßten, aber  
 sie hatten keinen Erfolg.

Am 27. Oktober schrieb Berning an  
 Bertram, um ihm mitzuteilen, die  
 Gestapo habe sich geweigert, in dieser  
 Angelegenheit irgendwelche Zugeständ-  
 nisse zu machen. Es sei aber bisher fast  
 nirgends zu Schwierigkeiten gekommen,  
 wenn nicht-arische Katholiken an Got-  
 tesdiensten teilgenommen hätten. Einige  
 würden lediglich darauf verzichten, zur  
 Kirche zu kommen. So blieb es der  
 Kirche erspart, rassistisch diskriminie-  
 rende Maßnahmen zu treffen.

Die Massendeportationen deutscher  
 Juden begannen am 15. Oktober 1941.  
 In dem soeben zitierten Brief berich-  
 tete Bischof Berning dem Kardinal  
 Bertram, er habe bei seinen Gesprächen  
 mit der Gestapo auch auf die Härten bei  
 der „Evakuierung der Nicht-Arier“ hin-  
 gewiesen und gebeten, mit mehr Nach-  
 sicht zu Werke zu gehen. Man habe ihm  
 gesagt, christliche Nicht-Arier würden  
 nur in Ausnahmefällen evakuiert wer-  
 den.

Berning machte darauf aufmerksam,  
 daß die lokalen Gestapo-Behörden be-  
 reit seien, der Kirche die Termine der  
 bevorstehenden Deportationen bekannt-  
 zugeben; die Kirche könne auf diese  
 Weise feststellen, ob sich unter den zur  
 Deportation vorgesehenen Menschen  
 christliche Nicht-Arier befänden. Man  
 würde ihr auch erlauben, solche christ-  
 lichen Nicht-Arier vor der Deportation  
 seelsorglich zu betreuen.

Was die Gestapo dem Bischof Ber-  
 ning versprach, wurde nicht eingehal-  
 ten. Am 27. Oktober informierte Bischof  
 Hilfrich von Limburg den Bischof-  
 Koadjutor Wienken, den Vertreter des  
 Episkopats bei den Berliner Behörden,  
 daß bei dem Judentransport aus Frank-  
 furt Anfang des Monats auch katholi-  
 sche Nicht-Arier dabei waren, die nicht  
 besser behandelt worden seien als alle  
 anderen. Das Schicksal träfe sie beson-  
 ders hart, da sie von ihren Rassengenos-  
 sen als Apostaten angesehen würden.

Hilfrich fragte an, ob man unter die-  
 sem Gesichtspunkt nicht für sie eine  
 Ausnahmeregelung treffen könne; wenn  
 dies nicht möglich sei, solle man sie  
 wenigstens in gesonderten Gruppen  
 transportieren, damit sie seelsorglich  
 leichter betreut werden könnten.

Wienken antwortete einige Tage da-  
 nach, daß man nunmehr auf höchster  
 Ebene über die Deportation katholischer  
 Nicht-Arier verhandle. Auch die  
 Bischöfe der Kirchenprovinzen Köln  
 und Paderborn, die im November 1941  
 zusammenkamen, schlugen vor, wegen  
 dieser Deportationen bei der Regierung  
 vorstellig zu werden.

Während die Bischöfe ganz mit der  
 Seelsorge für die katholischen Nicht-  
 Arier vor der Deportation und während  
 der Umsiedlung in Anspruch genom-  
 men waren, sickerten Gerüchte über das  
 Schicksal der Juden im Osten durch.  
 Seit dem Einmarsch in Rußland wurden  
 besondere Einsatzgruppen verwendet,

deren Aufgabe es war, die Juden umzubringen.

Bis Ende 1942 hatte mehr als 100 000 deutsche Juden der Tod im Osten erreicht, und statt unkontrollierbarer Gerüchte über ihr Schicksal hörte man jetzt immer wieder konkrete Berichte mit Einzelheiten über Massenvergasungen.

Während dieser Zeit berichteten auch katholische Offiziere, die in Polen und Rußland eingesetzt waren, den Bischöfen von weiteren Judenvernichtungen.

Dr. Josef Müller, ein Offizier der Abwehr des Admirals Canaris und Vertrauter Kardinal Faulhabers, hatte den Episkopat lange Zeit hindurch über die systematischen Greuelthaten in Polen unterrichtet. Ein weiterer Informant war Dr. Hans Globke, ebenfalls Katholik und hoher Beamter im Innenministerium, der Rassenfragen bearbeitete.

Es besteht daher kein Zweifel, daß der deutsche Episkopat spätestens Ende 1942 über die schrecklichen Ereignisse im Osten gründliche Kenntnisse besaß.

Bis 1942 brauchten Halb-Juden und „Viertel - Juden“, die sogenannten Mischlinge und auch Nicht-Arier, die mit Ariern verheiratet waren, den Judenstern nicht zu tragen, auch wurden



Bischof Wienken

Das Wort „Jude“ nicht ausgesprochen

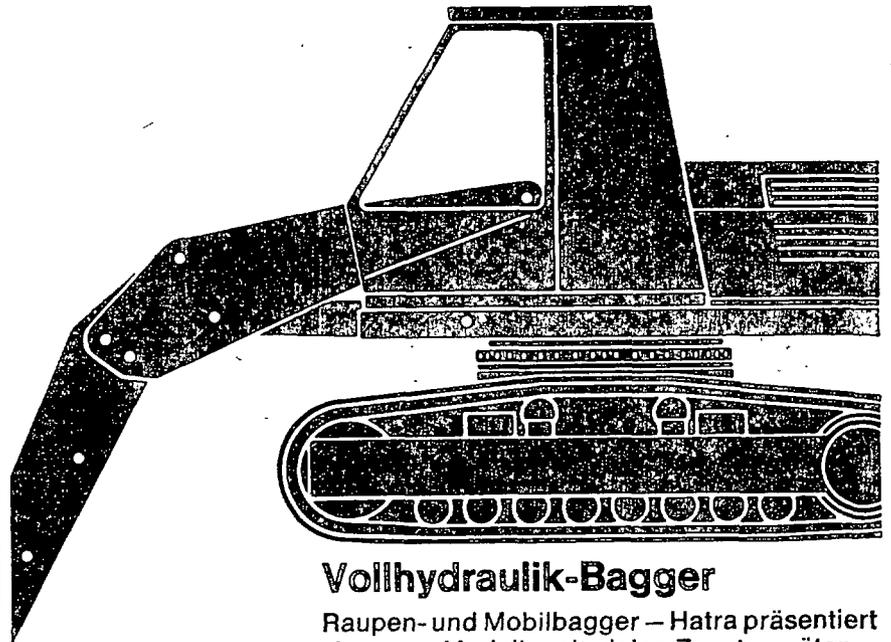
sie bis dahin nicht deportiert. Als die Endlösung voranschritt, sollte aber auch diese bisher offene Hintertür geschlossen werden.

Eine Expertenkonferenz beschloß im März 1942 die Zwangsauflösung rassisch gemischter Ehen; anschließend sollte der jüdische Partner deportiert werden. Wenn ein arischer Partner die Scheidung innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes nicht beantragte, sollte der Staatsanwalt einen Scheidungsantrag stellen; die Scheidung mußte dann von den Gerichten ausgesprochen werden.

Die Bischöfe erfuhren durch Dr. Globke im Innenministerium von dieser geplanten Maßnahme, und sie reagierten sofort. Am 11. November 1942 protestierte Erzbischof Bertram im Namen des Episkopats bei dem Justiz-, dem Innen- und dem Kirchenminister gegen die geplante Scheidungsgesetzgebung.

Der Erzbischof schrieb, unter den von der geplanten Maßnahme Betroffenen

# neu bei Hatra

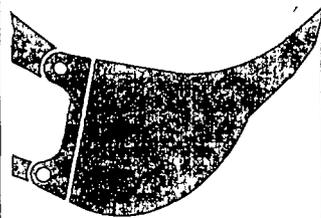
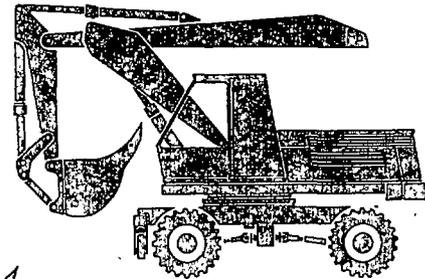


## Vollhydraulik-Bagger

Raupen- und Mobilbagger – Hatra präsentiert vier neue Modelle mit vielen Zusatzgeräten. Hatra präsentiert die Vollhydraulik: automatische wechselseitige Steuerung von optimaler Kraft und optimaler Arbeitsgeschwindigkeit.

### Die neue Hatra-Linie:

Ein Produkt erfahrener Konstrukteure – für Sie die Garantie modernster Baumaschinen.



Harte Argumente sprechen für Hatra. Für unsere Bagger läßt sich vieles sagen. Wir informieren Sie gern genauer. Bitte schicken Sie uns diesen Abschnitt.

Alfred Hagelstein  
Maschinenfabrik  
2407 Lübeck-Travemünde  
Ruf: 04502/2171



# HATRA

**Echte Kroatzbeere**

gut  
für Sie



ECHE KROATZBEERE können Sie ganz nüchtern und sächlich analysieren. Versuchen sie aber einmal, diese Ingredienzen selbst zu mischen. Alles Mögliche wird dabei herauskommen, nur nicht ECHE KROATZBEERE.

ECHE KROATZBEERE kann eben nur im Hause Thienelt hergestellt werden. Aus dem gesunden, herzhaften Saft sonnengereifter Wald-brombeeren wird dort schon seit über einem halben Jahrhundert ECHE KROATZBEERE bereitet. Und auch heute und morgen, immer nach dem gleichen überlieferten Familienrezept.

Kein Wunder, daß ECHE KROATZBEERE überall als besondere Spezialität geschätzt wird, als Symbol des guten Geschmacks.

Und zur Krönung des Abends:

**Echte Kroatzbeere mit Sekt**



befänden sich viele tausend Katholiken, deren Ehe nach katholischer Lehre unauflöslich sei. Man müsse die religiösen Rechte katholischer Christen respektieren, wenn Kirche und Staat friedlich zusammenarbeiten wollten. Bertram schloß seinen Brief an die Minister, er hoffe, daß die Reichsregierung die geplante Scheidungsverordnung zurückziehen werde.

Obwohl die Verordnung noch nicht erlassen war, weil verschiedene bürokratische Schwierigkeiten entstanden, nahm die Gestapo im Februar 1943, als die letzten deutschen Juden deportiert wurden, auch mehrere tausend christliche Nicht-Arier aus rassistischen Mischehen fest. Allein in Berlin wurden am 27. Februar etwa 6000 solcher Männer verhaftet.

Dann geschah etwas, womit man nicht gerechnet hatte: Die arischen Ehefrauen folgten ihren Männern bis zu dem Platz, wo sie vorübergehend festgehalten wurden, sie wichen nicht vom Fleck, schrien und forderten ihre Männer zurück.

Da die Gestapo die ganze Aktion aber geheimhalten wollte und nun befürchtete, der Vernichtungsapparat des Dritten Reiches könne ans Tageslicht kommen, gab sie nach und entließ die nicht-arischen Ehemänner.

Dieses Beispiel zeigt, was ein aufgerütteltes Gewissen erreichen konnte — selbst gegen Hitlers Terrorapparat. Der deutsche Episkopat rechnete es sich nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes als Verdienst an,

Bertram verfaßte Erklärung von den Kanzeln verlesen werden.

Ungefähr zwei Monate darauf überbrachte ein Bote Bischof Preysings den anderen Bischöfen die Nachricht, daß die geplante Verordnung zurückgestellt worden sei. Er forderte die Bischöfe auf, an alle Ministerien zu schreiben; sie sollten sich in sehr bestimmtem Tone nach dem Verbleib der Deportierten erkundigen, für die Christen seelsorgliche Betreuung fordern und mit öffentlichem Protest drohen.

Dabei solle man von der Sorge um die christlichen Juden ausgehen, „aber es müßte darüber hinaus deutlich gesprochen werden über die Greuel an den Juden überhaupt“. Es ist nicht bekannt, wie viele Bischöfe Preysings Rat befolgt haben.

Im November 1943 appellierte Bertram noch einmal im Namen des ganzen Episkopats an den Innenminister und an das Reichssicherheitshauptamt. Er schrieb, der Episkopat habe erfahren, daß die aus Deutschland evakuierten Nicht-Arier in Lagern lebten und unter Bedingungen, die man unmenschlich nennen müsse.

Bertrams Brief war weder in sehr bestimmtem Tone gehalten, noch sprach er ausdrücklich von den Mißhandlungen an Juden, wie Bischof Preysing vorgeschlagen hatte.

Die Bischöfe erließen einige öffentliche Kundgebungen, in denen die ungerechte Behandlung von Menschen anderer Rasse kritisiert wurde, aber diese Kritik war eingebettet in allge-



Katholiken Müller, Globke: Geheimberichte für den Klerus

die Zwangsscheidung rassistisch gemischter Ehen verhindert zu haben.

Es kann mit gutem Grund angenommen werden, daß dies in der Hauptsache den mutigen Frauen von Berlin zu verdanken war, die es in den letzten Februartagen 1943 wagten, der scheinbar allmächtigen Gestapo die Stirn zu bieten.

Am 16. April teilte Bischof Preysing seinen Amtsbrüdern mit, daß die geplante Scheidungsverordnung in Kürze veröffentlicht werden solle. Er legte großen Wert darauf, daß man die Angelegenheit im Augenblick noch vertraulich behandle. Falls aber die Verordnung erlassen würde, sollte eine von

meine Redewendungen und nannte die Juden nicht beim Namen; sie hätten sich ebensogut auf die harte Politik der Nationalsozialisten gegenüber den slawischen „Untermenschen“ beziehen können.

Ein Hirtenbrief des neuen Erzbischofs von Köln, Dr. Joseph Frings, der am 20. Dezember 1942 in seiner Erzdiözese verlesen wurde, verteidigte das Recht aller Menschen auf Leben, Freiheit, Eigentum und Ehe, diese Rechte dürften auch demjenigen nicht verweigert werden, „der nicht unseres Blutes ist oder nicht unsere Sprache spricht“.

Der gemeinsame Hirtenbrief des deutschen Episkopats vom August 1943 er-

**Auszug aus dem Bericht des Vorstandes über den Jahresabschluß 1964 der Österreichischen Länderbank A. G.**

Die Länderbank konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr eine bemerkenswerte Expansion des Geschäftsumfanges verzeichnen.

**Höhere Umsätze**

Die Gesamtumsätze einschließlich des Spareinlagengeschäftes betragen im Berichtsjahr 463 Mrd. S (i. V. j.: 375 Mrd. S). Vor allem im Auslandsgeschäft konnte eine beachtliche Umsatzsteigerung erzielt werden. So erhöhten sich die Kundenumsätze auf Ausländerkonten um 21,2% und die Devisenkundenumsätze um 16,3%. Die Kontokorrent-Umsätze nahmen um 7,8% und die Kontokorrent-Buchungsposten um 4,8% zu. Im Auslandsgeschäft stieg die Anzahl der Geschäftsvorfälle um 5%.

**Debitorensomme gestiegen — unverändert gute Ertragslage — gleiche Dividende**

Die Ertragslage der Bank hat im Berichtsjahr keine wesentliche Veränderung gegenüber 1963 erfahren. Die Verschärfung des Wettbewerbs hat zusammen mit der 1964 voll zur Auswirkung gelangten Bankratensenkung (1963) den Zuwachs der Zinserträge (+ 2,3%) merklich gebremst, obwohl die gesamten Ausleihungen um 10,8% zugenommen haben. Demgegenüber haben sich die Zinsaufwendungen um 5,8% erhöht.

Die Zinsen- und Provisionsüberschüsse wuchsen um 4,4 Mio S auf 386,1 Mio S. Der versteuerte Reingewinn beträgt 55 Mio S. Den Rücklagen werden 30 Mio S zugewiesen, so daß die Eigenmittel der Länderbank 1.010 Mio S erreichen. Der verbleibende Reingewinn einschl. des Gewinnvortrages beläuft sich auf 26 Mio S. Vorbehaltlich der Genehmigung des Gewinnverteilungsvorschlages durch die Hauptversammlung am 24. März 1965 gelangt so wie in den Vorjahren eine 10prozentige Dividende zur Ausschüttung.

**610 Mio S Spareinlagenzugang ...**

Das Ansteigen der Bilanzsumme von 10,2 Mrd. S auf 11,6 Mrd. S (+ 14,1%) beruht vor allem auf der Zunahme der Fremdmittel um 1,3 Mrd. S. An dieser Expansion des Passivgeschäftes waren die Spareinlagen mit einem Zugang von 610 Mio S (+ 23%) beteiligt. Der Spareinlagenstand am 31. 12. 1964 überschritt 3,2 Mrd. S. Die Barliquidität betrug zum Bilanzstichtag 25% (i. V. j.: 23,6%) und die Gesamtliquidität 56,1% (63,9%).

**... als Basis für die Debitorensteigerung**

Im Aktivgeschäft haben die Bar- und Wechselkredite um 646 Mio S oder 10,8% auf rd. 6,6 Mrd. S zugenommen. Die Kontokorrentkredite stiegen um 738 Mio S auf 4,3 Mrd. S, während der Wechselbestand um 92 Mio S auf 2.337 Mio S zurückging. Unter Einschuß der ERP-Aufbaukredite hat die Länderbank der Wirtschaft insgesamt 9,2 Mrd. S an Krediten zur Verfügung gestellt.

Der Bestand an Bundesschatzscheinen wurde im Berichtsjahr zur Gänze abgebaut (- 488 Mio S). Der gesamte Wertpapierbestand stieg um 297 Mio S auf 941 Mio S; am Zugang waren die festverzinslichen Papiere mit 250 Mio S und die Dividendenwerte und Anteile mit 47 Mio S beteiligt.

**Reges Interesse für Privat-Kleinkredite**

Mit dem im Sommer 1964 als neues Service angebotenen Privat-Kleinkredit wurde ein bemerkenswerter Erfolg erzielt. Am Jahresende waren 19 400 Kredite mit insgesamt 157 Mio S ausstehend.



„Stürmer“-Bilderbuch (1935): „Die Christen haben bei Gottes Herausforderung ...“

innerte die Gläubigen daran, daß es unrecht sei, Unschuldige zu töten, auch wenn es durch die Obrigkeit und angeblich für das deutsche Gemeinwohl geschehe wie im Falle der „Menschen fremder Rassen und fremder Abstammung“.

In seiner Weihnachtspredigt 1943 und im März 1944 betonte Erzbischof Frings erneut, daß es unrecht sei, Unschuldige zu töten, nur weil sie einer anderen Rasse angehörten.

Seit der Niederlage des Dritten Reiches sind diese Äußerungen immer wieder als Beweise dafür angeführt worden, daß die Bischöfe damals öffentlich gegen die Judenvernichtung protestiert hätten. Möglicherweise haben einige Katholiken tatsächlich an die Juden gedacht, als ihre geistlichen Führer die Ermordung von Menschen anderer Rasse als Unrecht bezeichneten. Aber weder das Wort „Jude“ noch die Bezeichnung „Nicht-Arier“ kam jemals über die Lippen der Bischöfe.

Nahezu die Hälfte der Bevölkerung des Großdeutschen Reiches (43,1 Prozent im Jahre 1939) war katholisch, und selbst unter den Angehörigen der SS war trotz aller Versuche, sie zum Austritt aus der Kirche zu bewegen, fast ein Viertel katholischen Glaubens (22,7 Prozent am 31. Dezember 1938).

Der Episkopat hatte immer wieder angeordnet, solche Katholiken von den Sakramenten auszuschließen, die in Duelle verwickelt waren oder sich nach ihrem Tode verbrennen lassen

wollten. Das Wort, das den Gläubigen unter Strafe der Exkommunikation verboten hätte, weiterhin am Judenmord mitzuarbeiten, wurde nie gesprochen.

Wenigstens für einen katholischen Würdenträger in Deutschland war die Christenpflicht der Nächstenliebe mehr als eine fromme Redewendung: für den sechshundsechzigjährigen Dompropst Lichtenberg in Berlin. Er betete auch in der Zeit, als die antisemitische Hetzkampagne schon auf vollen Touren lief, noch täglich für die Juden.

Er wurde schließlich am 23. Oktober 1941, eine Woche nach der ersten Massendeportation von Juden, festgenommen. Beim Verhör durch Himmlers Gefolgsleute sagte er offen, daß die Juden deportationen mit der christlichen Sit-



... schmächtig versagt“: Kirchliche Prozession in Köln

tenlehre unvereinbar seien, und bat um Erlaubnis, die Deportierten als geistlicher Berater begleiten zu dürfen. Man verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis wegen Mißbrauchs der Kanzel.

Nach seiner Entlassung wurde er im Oktober 1943 erneut von der Gestapo verhaftet, um in das Konzentrationslager Dachau gebracht zu werden. Er starb während des Transportes am 5. November 1943.

Die Passivität des deutschen Episkopats angesichts der jüdischen Tragödie steht in scharfem Kontrast zum Verhalten der französischen, belgischen und holländischen Bischöfe.

In Holland, wo die Kirche im Jahre 1943 den Katholiken verboten hatte, der National-Sozialistischen Bewegung Hollands beizutreten, protestierten die Bischöfe 1942 sofort öffentlich gegen die ersten Deportationen holländischer Juden, und im Mai 1943 verboten sie katholischen Polizisten, sich an der Verhaftung von Juden zu beteiligen, auch wenn sie dadurch ihre Anstellung verlieren würden.

In Belgien halfen die Bischöfe ihren Geistlichen, die Juden vor der Deportation zu bewahren; viele hunderte jüdische Kinder wurden versteckt. Und in Frankreich benutzten die höchsten kirchlichen Würdenträger immer wieder ihre Kanzeln, um die Deportationen und die barbarische Behandlung der Juden zu verurteilen.

Natürlich handelte der Episkopat der besetzten Länder gegen einen ausländischen Unterdrücker; die deutschen Bischöfe dagegen hätten ihrer eigenen Regierung Widerstand leisten müssen, die sie ja als die legitime Obrigkeit betrachteten.

Aber der deutsche Episkopat hatte beim Euthanasieprogramm bewiesen, daß er bereit war, einen solchen Zusammenstoß zu riskieren; wie stark sein Einfluß auf die öffentliche Meinung war, hatte sich deutlich gezeigt, gerade auch in dem Erfolg.

Wenn er seine Stimme für die Juden, die in die gleichen Gaskammern gebracht wurden, nicht erhob, so spielte dabei die weitverbreitete Indifferenz der deutschen Bevölkerung eine große Rolle. Wieder war das Versagen des Episkopats das Echo auf das Versagen des katholischen „Milieus“. In scharfem Gegensatz zu den anderen Ländern Westeuropas waren es in Deutschland nur ganz wenige Juden, die von Geistlichen versteckt wurden oder von ihnen auf andere Weise Hilfe erhielten.

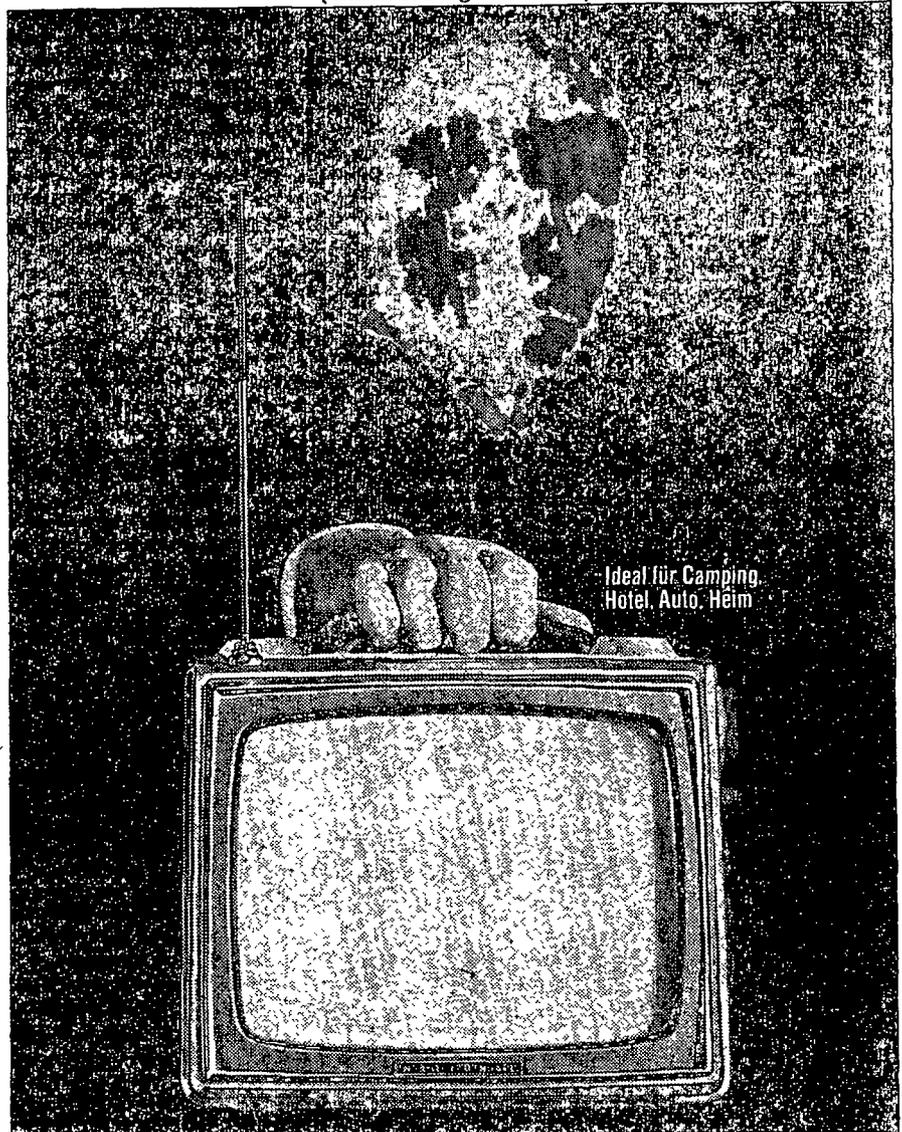
Es gab Ausnahmen, aber im ganzen gesehen herrschte Indifferenz und Apathie. Eine Gruppe deutscher protestantischer und katholischer Theologen kam 1950 zu dem Schluß: „Unter den Christen haben zwar einzelne den Verfolgten tapfer geholfen, die große Mehrzahl aber hat gegenüber dieser unerhörten Herausforderung des barmherzigen Gottes durch die Verfolger schmählich versagt.“

IM NÄCHSTEN HEFT:

Der Vatikan rügt den deutschen Militärbischof — Pius XII. ersehnt den deutschen Sieg im Ostfeldzug — Ein Nuntius stoppt die Judenvernichtung in der Slowakei

Dieser „Kleine“ kann alles,  
was Ihr „Großer“ kann.

(und noch einiges mehr...)



Wir wollen nicht von Selbstverständlichkeiten sprechen, wie gestochen scharfes Bild, extreme Empfangs-Empfindlichkeit, Zeilenfang-Regelautomatik, alles Dinge, die man heute von jedem guten Fernsehgerät erwarten kann.

Was der Volltransistor-Fernseher TT-21 RE leistet, wird erst im Vergleich deutlich: Ihr „Großer“ braucht 2 Minuten, bis Bild und Ton „da“ sind! Der NATIONAL TT-21 RE schafft das dank seiner Transistoren-Bestückung in knapp 15 Sekunden.

Ihr „Großer“ bleibt von der Steckdose abhängig!

Der „Kleine“ funktioniert 5 und mehr Stunden tadellos mit zusätzlich lieferbarem Klein-Akku. Fernseh-Fans können ihn sogar an ihre 12 Volt-Autobatterie anschließen!

Ihr „Großer“ kann nicht flüstern! Der „Kleine“ ermöglicht individuelles Fernsehen auch ohne Lärm-Belästigung weiterer Anwesender durch mitgelieferten Ohrhörer.

Nur in einem ist unser „Kleiner“ groß: nämlich in der Qualität seiner Verarbeitung. Deshalb wird Ihnen beim Kauf auch ohne weiteres 1 Jahr Garantie gewährt. Im übrigen: verglichen mit der beachtlichen Bildgröße (23 cm Rechteckröhre) ist unser Fernsehgerät TT-21 RE das handlichste Gerät auf dem Markt. Mit zusätzlichem UHF-Teil empfangsbereit für alle Programme. Also alles in allem: Viel mehr als nur ein Zweigertät.

Lassen Sie sich den TT-21 RE bei Ihrem Radio-Fachhändler vorführen.

Japans größter Hersteller für Fernseh-, Radio- und Elektrogeräte  
**MATSUSHITA ELECTRIC**  
Japan



**NATIONAL**

Generalvertretung für Deutschland: TRANSONIC Elektrohändlgesellschaft m. b. H. & Co., Hamburg 1, Schmilinskystraße 22, Ruf 245252, Telex 02-13418 · Schweiz: John Lay, Luzern, Hummelriehstraße 8, Ruf (041) 34455 · Österreich: A. Weiner GmbH, Wien 7, Karl-Schweighofer-Gasse 12, Ruf 935229